

. . . dann hätten wir keinen Landrat mehr

Reaktionen auf Gerichtsurteil

Die obersten Verwaltungsrichter von M-V haben gesprochen: Erhard Bräunig bleibt Landrat. Das kann, aber muss nicht der Abschluss einer fast unendlichen Geschichte sein.

Grevesmühlen (OZ) Ein sichtlich erleichterter Kreistagspräsident Alfons Thienel (SPD) trat gestern vor die Presse, nachdem das Oberverwaltungsgericht Greifswald am 6. August die Wahl von Erhard Bräunig (SPD) zum Landrat von Nordwestmecklenburg für gültig erklärt hatte (OZ berichtete). Die Verhandlung war notwendig geworden, nachdem ein Bürger aus Dassow gegen die Gültigkeit geklagt hatte, da Bräunig früher mit der Stasi zusammengearbeitet habe und nach dem Landesbeamten-gesetz nicht hätte Landrat werden dürfen.

„Wäre eine Entscheidung dagegen ausgefallen, hätten wir heute keinen Landrat mehr“, erklärte Thienel. Er sei „aber sehr unsicher gewesen, wie die Verhandlung ausgeht“. Im anderen Fall hätte es nur die Möglichkeit gegeben, die Kommunalwahlergebnisse aus dem Jahr 2001 zu annullieren und einen Termin für eine Neuwahl anzusetzen. Neben Thienel waren weitere Abgeordnete aus den Kreistagsfraktionen von CDU und PDS zur mündlichen Verhandlung nach Greifswald gefahren. Da die Klage gegen den Kreistag Nordwestmecklenburg erhoben wurde, galt Kreistagspräsident Thienel als Beklagter: „Das war schon irgendwie sonderbar“. Der 2. Senat des Oberverwaltungsrechts hatte die gesamte Aktenlage nochmal gesichtet und beurteilt.

In Folge des Einspruches war schon 2001 ein Wahlprüfungsausschuss mit Abgeordneten aller Kreistagsfraktionen gebildet worden. Den Vorsitz hatte Luise Krüger (PDS). „Ich bin froh, dass die schwebende Geschichte nun vom Tisch ist“, sagte sie gestern. Wichtig sei ihr, dass mit dem Urteil „die Glaubwürdigkeit von Wahlen nicht in Zweifel gezogen wird, zumal es sich um die erste Direktwahl eines Landrats handelte“. Das Gericht habe den Umstand gewürdigt, dass Bräunig seine Stasi-Kontakte zugab und sie schon vor der Kommunalwahl am 20. Mai 2001 den Bürgern öffentlich bekanntgemacht worden waren.

Die Richter hatten sich auf ein Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 8. Juli 1997 berufen, nach dem Stasi-Vorgänge, die über 20 Jahre zurückliegen, ruhen sollen. Bräunigs Kontakte, zu denen er nach seiner Aussage gezwungen wurde, datieren von 1975 bis 1977 und galten der „Zielperson“ und Freund Peter Jahn. Der durfte nach Haft wegen versuchter Republikflucht in die Bundesrepublik ausreisen. Jahn selbst hatte im Februar 2003 vor dem Wahlprüfungsausschuss ausgesagt, er habe sich von Bräunig weder hintergangen noch belastet gefühlt.

Bräunig selbst, der gegenwärtig Urlaub hat, wollte sich gestern nicht weiter äußern. Nur sei das lange schwebende Verfahren „schon eine gewisse Belastung gewesen“. Der Rücken sei nun aber frei für die Probleme, die im Landkreis zu lösen seien.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Es besteht die Möglichkeit, sich in dieser Sache an das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zu wenden. Dazu Kläger Bernd Heinemann: „Ich werde erstmal die schriftliche Begründung abwarten, halte das Urteil aber aus meiner Sicht für ungerecht“.